

Helmut Creutz: Leichter gesagt als getan

3

Die Probleme einer Wirtschafts- und Währungsunion

Ungewöhnliche Situationen erfordern ungewöhnliche Maßnahmen. Nachdem die Menschen in der DDR auf eine bewundernswürdige Weise eine unblutige Revolution in ihrem Land vollbracht haben, sind wir an der Reihe, Vergleichbares dagegenzusetzen.

Das geht nicht ohne große jahrelange Opfer und Einbußen unseres Lebensstandards ab. Ohne diese Opfer, die sehr schnell und massiv einsetzen müssen, wenn sie wirken sollen, steht uns ein Zuwandererstrom ins Haus, der uns noch teurer zu stehen kommt, es sei denn, wir schließen unsererseits die Mauer.

Die Ausgangslage:

Wenn jemand seinen Verwandten versprochen hat, ihnen in der Not zu helfen, kann er sie entweder bei sich aufnehmen oder die Notlage vor Ort beseitigen. Im ersten Fall muß er bei sich um Unterkunft und Arbeitsplatz besorgt sein, im zweiten für bessere Lebensbedingungen dort, wo die Verwandten zu Hause sind. In beiden Fällen muß der Helfer jedoch seinen Reichtum mit den Hilfsbedürftigen teilen.

Das alles gilt auch für die Situation zwischen der Bundesrepublik und der DDR: Entweder nehmen wir die Menschen aus dem zweiten Deutschland bei uns auf, oder verhelfen ihnen in ihrer Heimat zu vergleichbaren Lebensbedingungen. Auch hier geht es in beiden Fällen nicht ohne Opfer für uns ab, wenngleich sie bei dem zweitgenannten Weg deutlich geringer sein dürften. Denn statt einer Neuschaffung von Wohnungen, Arbeitsplätzen und Infrastrukturen bei uns, ist »drüben« nur die Verbesserung derselben notwendig. Außerdem ersparen wir den Menschen die Übersiedlung mit allen ihren Erschwernissen und Problemen für beide Seiten.

Nehmen wir also unsere Versprechen ernst, dann sollten wir uns – auch im eigenen Interesse – für den zweiten Weg entscheiden. Dann ist aber eine rasche und wirksame Hilfe erforderlich, um den Exodus der

Menschen von Ost nach West abzurechnen und den weiteren Verfall der Verhältnisse in der DDR zu verhindern.

Ist eine Wirtschaftsunion möglich?

Bei vergleichbaren Leistungen, Lohn-Preisrelationen, Währungsstabilitäten und eingespielten realistischen Wechselkursen ist die Zusammenarbeit oder wirtschaftliche Einheit zwischen zwei Ländern leicht zu verwirklichen. Diese Voraussetzungen fehlen zwischen der Bundesrepublik und der DDR:

- Die Produktivität in der DDR ist etwa halb so hoch wie in Westdeutschland
- Lohn- und Preishöhen, wie auch die Relationen zwischen diesen, sind durch Subventionen und leistungsfremde Festlegungen verfälscht
- Der regulierende Mechanismus freier Märkte ist durch Kommando- und Planwirtschaftsstrukturen zerstört
- Die reale Kaufkraft der DDR-Währung und deren Stabilität ist ungewiß und damit auch ein realistischer Wechselkurs.

Um eine wirtschaftliche Zusammenarbeit oder Einheit zu ermöglichen, müßten alle diese Unterschiede und Mängel abgebaut werden. Das aber würde – auch bei noch so großer Hilfe aus dem Westen – viele Jahre dauern, wobei der Zerfall der DDR-Wirtschaft zuerst noch weitergehen würde. Das aber hätte keinen abschwellenden Auswandererstrom zur Folge, eher einen zunehmenden, womit die DDR gerade die Kräfte verlieren würde, die sie zum Aufbau dringend braucht. Auch in der Bundesrepublik würden die Verhältnisse am Wohnungs- und Arbeitsmarkt immer unerträglicher und die daraus erwachsenden Sozialprobleme unlösbarer.

Machen wir uns die Situation einmal an einem einfachen Beispiel klar:

Beidseitig der Elbe bestehen zwei Stuhlfabriken, die sich zusammenschließen wollen. Die westliche beschäftigt 40 Arbeiter und stellt pro Mann zwei Stühle täglich her, die östliche – den Bevölkerungs- und Leistungsrelationen entsprechend – 10 Arbeiter, von denen jeder einen Stuhl am Tage produziert. Nehmen wir der Einfachheit halber an, die gleichwertigen

Stühle würden in beiden Ländern jeweils 100 Mark in ihrer Währung kosten und die Preise zur Hälfte als Lohn den Arbeitern zugute kommen. Die Arbeiter im Westbetrieb würden dann pro Tag 100 Mark verdienen, die im Ostbetrieb – aufgrund der halben Leistung – nur 50 Mark. Dabei spielt es keine Rolle, ob die geringere Produktivität auf veraltete Maschinen, geringere Leistungsmotivation, unzulänglichen Materialnachschub oder überzogene Kosten für die Funktionäre- und Planungsapparate zurückzuführen ist: Jedes Land und jeder Betrieb kann immer nur im Umfang der erbrachten Leistungen Löhne zahlen.

Schließen sich unsere beiden Beispielbetriebe unter den gegebenen Bedingungen zu einer Wirtschaftseinheit zusammen, würde sich an den unterschiedlichen Leistungen in den Teilbetrieben nicht viel ändern. Damit blieben jenseits der Elbe auch die Löhne bei der halben Höhe, und damit die Unzufriedenheit und die Motivation zu einem Überwechseln auf die andere Seite. Verhindern kann man dieses Fluchtproblem nur durch eine Anhebung der Löhne, auch wenn sich die Leistung auf dem östlichen Ufer so rasch nicht steigern läßt.]

4

Insgesamt produzieren die zusammengefaßten Betriebe täglich 90 Stühle mit einem Verkaufspreis von 9.000 Mark, aus dem sich ein Gesamtlohn von 4.500 Mark ergibt. Teilt man diesen Lohn nun unter die gesamten 50 Arbeiter auf, erhält jeder täglich 90 Mark. Das heißt, die Arbeiter in der Westfiliale müßten sich mit 90 statt bisher 100 Mark zufrieden geben, die in der Ostfiliale erhielten 40 Mark mehr als vorher. Natürlich könnte der Betrieb auch versuchen, allen Beschäftigten täglich 100 Mark zu zahlen und die erhöhten Kosten auf die Preise umzulegen. Da diesen erhöhten Preisen und Einnahmen jedoch keine erhöhte Leistung gegenübersteht, würde das letztlich nur zu einer inflationären Verwässerung der Lohnkaufkraft führen, ohne Änderung der realen Situation. Natürlich würde eine solche ungedeckte Lohnerhöhung einem Einzelbetrieb die Konkurrenzfähigkeit nehmen. Überträgt man aber unser Beispiel auf die gesamte Volkswirtschaft, hat das eine entsprechende Inflation zur Folge.

Kann man denn die Produktivität in der DDR nicht anheben?

Selbstverständlich ist es möglich, Markt und Maschinen dem westlichen Standard anzupassen und damit Leistung und Löhne anzuheben. Dazu sind aber umfangreiche Investitionen erforderlich, die ein Ansammeln entsprechend großer Mittel zur Voraussetzung haben. Diese Mittel müssen

erst erarbeitet und aus den Arbeitserträgen angesammelt werden. Das heißt, trotz verstärkter Arbeit würde sich an der Versorgung für die DDR-Bevölkerung nichts zum Positiven ändern, im Gegenteil, zumindest in den ersten Jahren müßte man den Gürtel enger schnallen. Damit würde sich die Fluchtentwicklung in den Westen noch beschleunigen.

Auch bei einer Zusammenfassung der Volkswirtschaften beider Seiten müßten die Kosten für die Renovierung der Betriebe, Wohnungen und Infrastrukturen in der DDR erst erwirtschaftet werden, bevor man sie ausgeben kann. Das heißt, auch die Arbeitenden im Westen müßten Opfer bringen, auch wenn sich das, auf mehrere Schultern verteilt, besser tragen läßt.

An diesen Opfern für beide Seiten führt kein Weg vorbei. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie durch höhere Steuern oder Sonderabgaben aus der Wirtschaft (und damit von den Einkommen) abgeschöpft werden. Sicher gibt es noch den Ausweg, die notwendigen Mittel für die Instandsetzung der DDR-Wirtschaft mit Krediten zu finanzieren. Doch verschiebt sich dabei die Belastung nur auf »morgen«, wobei zusätzlich die erheblichen Zinsen für die Schulden aufzubringen sind. Angesichts der Überschuldung, sowohl der Staaten wie der meisten Unternehmen, kann vor diesem »schnellen Ausweg« nur gewarnt werden, vor allem im Hinblick auf die Umwelt. Denn die überproportional anwachsenden Schuldenlasten können nur durch ein ständiges Wirtschaftswachstum getragen werden, wenn die arbeitenden Menschen nicht ärmer werden sollen. Dieser Wachstumswang hat mit seinen ökologischen Folgen jedoch heute schon alle vertretbaren Grenzen überschritten

Was ist mit einer Währungsunion?

Genau wie bei dem geplanten gemeinsamen Wirtschaftsraum der EG, kann auch bei einem Zusammengehen der beiden deutschen Staaten die gemeinsame Währung nur am Ende aller Anpassungsbemühungen stehen. Das aber – ob von der DDR alleine oder zusammen mit der BRD bewältigt – wird etliche Jahre dauern, vor allem, weil dazu nicht nur eine Preis- und Lohnreform in der DDR erforderlich ist und eine Angleichung der Leistungen, sondern auch eine Einspielung der Kaufkraft-Geldmengenparitäten und stabile realistische Wechselkurse.

Angesichts der dramatischen Gegebenheiten und Entwicklungen ist jedoch zu überlegen, ob man nicht entgegen der normalen Reihenfolge

– mit einer gemeinsamen Währung bzw. der Übernahme der DM in der DDR anfangen soll, vor allem, wenn mit dieser Maßnahme Vertrauen und Zuversicht in der DDR gestärkt und damit der Trend zum Überwechseln abgebremst werden kann. Außerdem wäre es möglich, mit einem Umtausch der Ostmark gegen Westmark zugleich eine Abschöpfung des auf gestauten Kaufkraftüberhangs in der DDR zu verbinden. Ganz gleich wie groß dieser Überhang auch sein mag und zu welchem halbwegs realistischen Wechsel- bzw. Umtauschkurs man kommen wird, sicher würde auf diesem Wege eine Reduzierung der Ostmark am ehesten angenommen werden.

Natürlich ist solch ein Umtausch ohne eingespielte Paritäten beider Währungen ein Sprung ins kalte Wasser. Geht man von der Geldversorgung in der Bundesrepublik aus, die derzeit etwa bei 2.500 DM pro Kopf liegt, würde in der DDR ein Betrag von rund 40 Mrd. DM für eine gleiche Geldausstattung erforderlich sein. Da jedoch ein nicht zu erfassender Geldmengenanteil in der Bundesrepublik gar nicht kursiert, dürfte ein weit geringerer Betrag ausreichen.

Von praktischen Überlegungen ausgehend, würde vielleicht ein Kopfgeld von 600 DM für jeden Bewohner der DDR als Erstausrüstung genügen, zusätzlich für jeden Beschäftigten eine Lohnfortzahlung in Höhe von vielleicht 1.000 DM, woraus sich ein Geldbetrag von insgesamt rund 18 Mrd. DM ergibt. Da diese neuen zusätzlichen DM-Scheine nur zur Hälfte durch Leistung in der DDR gedeckt sind, müssten etwa 9 Mrd. im Westen aus dem Verkehr genommen werden, wenn man eine Inflationierung vermeiden will. Diese Reduzierung könnte durch eine Sonderabgabe – rund 150 DM je Bundesbürger – realisiert werden oder auch durch den Verkauf von Staatspapieren mit anschließender Stilllegung der Verkaufseinnahmen. Noch besser wäre eine entsprechende Einsparung von Staatsausgaben, z. B. im Bereich der Rüstung.

Der Umtausch in der DDR würde (für die Grundausrüstung vielleicht mit einem Kurs 1 : 1) gegen Ostmark bzw. Ostmarkguthaben erfolgen, die ansonsten vorübergehend zu sperren und erst nach und nach als DM-Konten freizugeben sind, evtl. mit ungünstigeren Umtauschrelationen bei steigender Größe.

»Wir müssen teilen, wenn die Teilung endlich enden soll«, hat Theo SOMMER kürzlich in der ZEIT geschrieben. Wir müssen teilen lernen auch mit den Menschen in der Dritten Welt und anderswo, wenn wir eine

friedliche Zukunft, vielleicht überhaupt noch eine Zukunft haben wollen. Trotz aller Opfer: Der Frieden, den wir uns damit erkaufen, war noch nie so billig!

Editorische Notiz: Dieser Artikel erschien in der Zeitschrift »Der Dritte Weg« (4/1990: 3–4).

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

